

Anrede,

drei Buchstaben und eine Redewendung stehen am Anfang meiner Rede: IGZ und die Rede vom langen Atem.

"Einen langen Atem braucht man für die Vermarktung des IGZ und eine neue Regierung" (Zitat eines Bundestagsabgeordneten anl. seines Besuchs im IGZ im Juni 2005).

Die neue Regierung ist da, nur ist uns der Atem ausgegangen.

Ein zentrales Projekt des Bonn-Berlin-Ausgleichs im Kreis Ahrweiler in seiner ursprünglichen Konzeption, als Trias von FH, IGZ und IP Rheinland, ist gescheitert.

Die Zuschüsse müssen aus diesem Grund zurückgezahlt werden.

Vor 2 Jahren hat meine Fraktion in den Haushaltsberatungen einen Sachstandsbericht zum IGZ beantragt, weil die laufenden Kosten im anstehenden Haushalt bereits zum zweitenmal erheblich höher waren, als sie jeweils im Jahr zuvor im fünfjährigen Finanzplan veranschlagt waren.

Der Antrag wurde mit 34 Nein-Stimmen abgelehnt. Kurz danach hieß es noch *"Erste Interessenten warten ungeduldig auf die Eröffnung"* (Februar 2004).

Vielleicht war unsere Nachfrage deshalb nicht kritisch, nicht nachdrücklich genug und vielleicht auch zu spät.

Beim IP Rheinland war uns von Anfang an klar, daß diese Nummer nicht eine Nummer, sondern einige Potenzen zu groß ist für den Kreis Ahrweiler.

Beim IGZ hatten wir die Chance eines Erfolges gesehen, trotz des schweren Geburtsfehlers der falschen und zu langwierigen Standortentscheidungen.

Dabei hätten wir aufmerksam werden müssen, als immer häufiger von Weltklassefirmen die Rede war, die in Sinzig Schlange stehen.

Das Konzept zielte aber gar nicht auf Weltklassefirmen, sondern auf Existenzgründer. Gründerinnen und Gründer aus der FH, die in der

Obhut des IGZ heranreifen, und es nach maximal 5 Jahren verlassen - Richtung Technologiepark.

Anders wären öffentliche Zuschüsse gar nicht zu rechtfertigen gewesen. Es ist nicht Aufgabe der öffentl. Hand, einem einzelnen Unternehmen ein Haus zu bauen und es ihm für 15 Jahre zu vermieten/verkaufen.

Es hätte uns manches früher stutzig machen müssen.

Die Entwicklung nun einem hinderlichen Zuwendungsbescheid in die Schuhe zu schieben, geht natürlich nicht.

Haben der Rhein-Sieg-Kreis und die Stadt Bonn andere Auflagen als wir? Ist aus dem Rhein-Sieg-Kreis oder der Stadt Bonn bekannt, daß dort Zuwendungen zurück erstattet werden müssen?

Ist es möglicherweise gar so, daß Bonn und Rhein-Sieg nun die zurückgezahlten Zuschüsse aus dem Ahrkreis dankend entgegennehmen?

Wenn das so wäre, sollte sich der Kreistag wenigstens von Frau Dieckmann und Herrn Kühn zum Essen einladen lassen, hier im Kreis selbst, damit immerhin dieser Hauch des Bonn-Berlin-Ausgleichs nicht an unserem Kreis vorüberweht.

Wir stellen fest: Für Projekte wie das IGZ ist hier die Luft zu dünn und der Atem zu kurz. Wir werden alle überlegen müssen, welche Schlüsse wir daraus für die zukünftige Strategie der regionalen Entwicklung ziehen.

Die 47 Arbeitsplätze kommen uns teuer zu stehen. Wie teuer, werden erst unsere Nachfolger in 15 Jahren wirklich erfahren.

Es zeichnet sich übrigens eine bedenkliche Reihe ab, was Bundeszuschüsse und Ausgleichsmittel angeht: Armont, TSG, IGZ – mir ist, als läge mir der nächste Fall auf der Zunge.

2001 lagen wir bei der Zunahme des BIP/Kopf der Erwerbstätigen an drittletzter Stelle in RLP. 2002 liegt nur noch Daun ganz knapp hinter uns. Das BIP, gemessen an den Erwerbstätigen, sinkt im Kreis AW. Im benachbarten Rhein-Sieg Kreis und in Bonn steigt es.

Das heißt, wir entkoppeln uns von der übrigen Entwicklung der Ausgleichsregion, und zwar in die falsche Richtung.

Die sinkenden Umlagegrundlagen aus der Gewerbesteuer für die Kreisumlage 2006 deuten in eine ähnliche Richtung.

Die Einigung bei den Gebühren für die Kindertagesstätten ist in unserem Sinne. Wenn wir schon Tafelsilber aus RWE-Aktien veräußern, dann für die Betreuung von Kindern, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – nicht für den Bau einer neuen K35.

Bis zum Oktober 2005 wurden Kreistag und Öffentlichkeit ja regelmäßig lange im Voraus durch die Kreisverwaltung unterrichtet, wie dramatisch sich diese oder jene Entscheidung einer Bundesregierung im Haushalt des Kreises Ahrweiler auswirkt.

Wir übernehmen das gerne: Herr Landrat Duppre hat in einer Pressemitteilung des Landkreistages (2.12.2005) deutlich gemacht, wie sich die geplante Kürzung der Regionalisierungsmittel für den ÖPNV auswirkt (wohlgemerkt: die der neuen Bundesregierung): "verheerende Auswirkungen gerade dort, wo Anbindung an den ÖPNV ohnehin nicht optimal ist."

Wenn das mal nicht auf uns hier zutrifft.

Trotzdem gehe ich davon aus, daß Ihnen in Seite 16 des Vorberichts einfach ein Fehler unterlaufen ist und Sie nicht die Kosten des ÖPNV 2006, im ersten Jahr unter schwarz-rot, Schönrechnen wollten.

Es gibt in 2006 keine Entlastung von den Kosten des ÖPNV um 2 Millionen, Sie haben für 2005 schlicht 2 Millionen zuviel eingesetzt (beim VRM).

Hartz IV beschäftigt uns weiter. Wird die CDU ihren alten Gedanken umsetzen, die Arbeitslosenverwaltung komplett in die Hände der Kommunen zu legen?

Bereitet sich der Kreis auf eine solche Situation vor?

Vielleicht rechnen Sie damit nicht, dann sollten Sie es sagen.

Wenn Sie damit rechnen, würden wir gerne wissen, wie sich der Kreis darauf vorbereitet. Denn im vergangenen Jahr hieß es noch: kein Geld, kein Personal, kein know-how.

Im Genehmigungsschreiben verweist die ADD zum Haushalt 2005 auf einen sinkenden Zuschußbedarf im EP 4 um fast 800.000 Euro, "vor allem auf Grund der Einführung der Grundsicherung für Arbeit."

Im Jahresverlauf ergaben sich dann die Kostenanstiege um mehrere Millionen, und nach den Daten der gemeinsamen kommunalen Erhebung des Landkreistages mit dem Stat.BA vom 26.10.2005 ergibt sich für den Kreis AW eine Mehrbelastung von rund 4,8 Millionen für 2005. Nicht enthalten sind Bundeszuschüsse (KdU) und Landeszuweisungen (im Kreis AW lt. Haushalt rund 2,8 Mill. Euro). Macht als finanzwirksame Differenz 2 Millionen Euro.

Das sind jetzt wohl die ersten wirklich belastbaren Daten für die Umsetzung aus Hartz IV, die für den Kreis Ahrweiler für 2005 vorliegen. Doch haben die kommunalen Spitzenverbände die Verhandlungen über die Revisionsklausel vergangene Woche abgebrochen. Es steht offenbar eine Absenkung der Bundesbeteiligung von 29,1 auf 19% oder sogar 15% an.

Wir müssen also als Kreis für 2005 weiter auf den Ausgleich gem. der Revisionsklausel pochen, zusammen mit der CDU. "Bund soll Versprechen einlösen", war die Pressemitteilung vom 12.10.2005.

Ich habe den weniger erfreulichen Teil meine Rede mit 3 Buchstaben eingeleitet. Für den erfreulichen Teil benötige ich zwei Buchstaben mehr: **IRENA**.

Die wenigsten werden diese 5 Buchstaben im Koalitionsvertrag der großen Koalition mitbekommen haben. Sie stehen für das Bemühen der Bundesregierung um die Einrichtung einer internationalen Agentur für Erneuerbare Energien mit Sitz in Bonn. Beides zusammen ist erfreulich. Erfreulich ist auch, daß der neue Umweltminister der großen Koalition am vergangenen Samstag in seiner ersten offiziellen Rede betont hat, daß sich die neue Regierung den erneuerbaren Energien noch mehr widmen will als ihre Vorgängerin.

Wichtig ist auch, wo er das gesagt hat: auf der Weltversammlung für erneuerbare Energien in **Bonn**.

Nach der *Renewables* 2004 ist dies die zweite große weltweite Konferenz zu diesem Thema in Bonn. Bonn ist auf dem Weg zu einem

festen Standort für dieses Thema, auch wegen des Vorbildcharakters der Entwicklung in Deutschland.

Damit verbunden ist eine hohe internationale und nationale Aufmerksamkeit. Es gibt jedesmal umfangreiche Exkursionsprogramme. Nur gingen sie bisher am Kreis Ahrweiler vorbei. Das darf so nicht bleiben und das muß so nicht bleiben.

Denn so langsam hat der Kreis Ahrweiler hier auch etwas zu bieten (SolAhr GmbH, Biomasse-Projekt).

Wir sollten daran arbeiten, in Zukunft noch mehr zu bieten – in einer gemeinsamen Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler, die im Fokus der internationalen Aufmerksamkeit für erneuerbare Energien steht.

Es lohnt sich.

Die Schere zwischen fossilen Energiereserven und einer wachsenden, am Wohlstand teilhabenden Weltbevölkerung können wir nur durch mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien schließen.

Dabei geht es nicht nur um Technik. Es geht auch um veränderte Strukturen.

Darin liegt der Grund, warum wir als Region von den neuen Energien so sehr profitieren: sie sind dezentral und regional, sie werden hier im Kreis erzeugt und hier im Kreis genutzt, ohne lange, weltweite

Transportketten und Umwandlungsverluste.

Die Wertschöpfung, die Veredelung findet hier vor Ort statt und nicht an den zentralen Standorten weniger großer Konzerne.

Wir stehen als Kreis Ahrweiler da erst am Anfang, aber wir können uns andere Regionen zum Beispiel nehmen und aufholen.

So begrüßen wir, daß auch für 2006 Mittel von 20.000 Euro für die Förderung von Erneuerbaren Energien im Haushalt stehen.

20.000 Euro hatte der Kreistag auf unseren Antrag schon für den Haushalt 2005 bereitgestellt. Daraus ist das Biomasseprojekt mit dem Umweltcampus in Birkenfeld finanziert.

Für 2006 sind weitere Maßnahmen erforderlich, die diesen Weg beschleunigen.

Einen erheblichen Bedarf gibt es in der Qualifizierung, Aus- und Fortbildung unserer Betriebe, um deren Konkurrenzfähigkeit bei der

Umsetzung von Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien zu stärken
- in einem ja ausgesprochen innovativen und sich in den technischen Grundlagen rasant entwickelnden Feld.

Lernen wir aus den Erfahrungen mit IGZ und IP, überdenken wir die Instrumente der regionalen Entwicklung.

Wir werden nicht mehr mit Hilfe von Millionenzuschüssen Hochglanzprojekte auf die grüne Wiese setzen. Schon weil es diese Zuschüsse nicht mehr gibt.

Wir müssen uns konzentrieren auf eine regionale Entwicklung, die die Kräfte und Entwicklungen aus der Region selber aufgreift.

Die flankierende Förderung der Erneuerbaren Energien mit ja nun wirklich bescheidenen Mitteln wollen wir so verstanden wissen.

Es sind Mittel, die etwas befördern, was in der Region schon drin steckt (endogene Regionalentwicklung).

Insofern begrüßen wir, daß der Haushalt Mittel für die Beteiligung an der **Zukunftsinitiative Eifel** enthält. Die Nutzung von Holz als Bau- und Energierohstoff, die Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte aus und in der Region, verbunden mit einem Qualitätssiegel (Regionalmarke Eifel), die Vernetzung des Ernährungshandwerkes mit Landwirtschaft und Tourismus sind alte grüne Themen, die sich nun ganz offensichtlich durchsetzen.

Langer Atem ist wahrlich erforderlich. Die Energiesparprämien aller 4 an diesem Projekt beteiligten Schulen sind 2006 erneut auf Null gesetzt. Wir gehen trotzdem davon aus, daß die Prämien, sofern entsprechende Einspareffekte erzielt wurden, auch ausgezahlt werden. Auf jeden Fall sind wir wieder einen Schritt weiter gekommen.

als Anlage zum jährlichen Rechenschaftsbericht der Verwaltung liegt erstmals ein Energiebericht vor. Daran ist noch Einiges zu Feilen, das werden wir gemeinsam mit der Verwaltung tun. Wir sind aber zuversichtlich, daß wir demnächst dann noch auf ganz andere Projekte und Einsparerfolge zurückgreifen können als die Installation von Gas-Brennwertgeräten.

Unser Atem ist dafür lang genug.